Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger, und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

[illegible] Pfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge — Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. — Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1909

Nr. 285 — Sonntag, den 8. Dezember 1929 — 24. Jahrgang

Die Politik der Woche

Freiheitsglocken am Rhein — Fair play in England — Erstaunen in Washington — Russischer Querschnitt

Am letzten Sonntag läuteten am Rheine die Freiheitsglocken. Von den drei besetzten Zonen ist jetzt auch die zweite Zone frei geworden. Darüber herrscht am Rheine, besonders in Aachen und Koblenz, eine ungetrübte Freude, an der die Regierungen des Reiches und Preußens wie die gesamte deutsche Nation innigen Anteil nahmen. Am 30. Juni 1930 wird auch für die dritte Zone, die vornehmlich die Pfalz und Südhessen umfaßt, die Freiheitsstunde schlagen. Böswillige Gerüchte behaupteten in den letzten Tagen, daß die Pfalz bei ihrer Rückkehr zur Freiheit den Schießplatz von Schönau-Ludwigswinkel einbüßen werde. Demgegenüber muß darauf hingewiesen werden, was Dr. Stresemann in einem Briefe während der ersten Haager Konferenz an einen seiner Freunde in der Pfalz schrieb: „Ich muß es beinahe bitter empfinden, daß irgendjemand mir zumutet, daß ich mich auf irgendeine solche Frage einlassen würde. Niemand hat gewagt, derartige Ansprüche mir gegenüber zum Ausdruck zu bringen. Von deutscher Seite ist mir fortwährend gesagt worden, Briand würde mich auf diese Frage ansprechen. Das ist niemals geschehen und wird auch niemals geschehen. Bitte sagen Sie der pfälzischen Bevölkerung, daß es eine solche Diskussion nicht gibt und nicht geben kann."

Eine weitere Freude bereitete uns dieser Tage die erste Botschaft des Präsidenten Hoover an den Kongreß. Er nannte in ihr die Rückgabe des deutschen Eigentums eine „weise Ausführung", eine Charakteristik, die in englischen Ohren nicht angenehm klang. In der Tat haben nahezu sämtliche Redaktionen englischer Zeitungen diesen Passus aus der Botschaft des amerikanischen Präsidenten herausgestrichen, obwohl das Reuterbüro sie sachlich zutreffend berichtet hatte. Das geht aus dem Bericht der „Times" klar hervor. Dagegen haben die Morningpost, der Daily Telegraph, Daily Mail, Daily Expreß, Daily Herald und selbst der Manchester Guardian, der bisher in der Freigabefrage den deutschen Standpunkt billigte, die „weise Ausführung" des Präsidenten Hoover glatt unter den Tisch fallen lassen. Deutlicher hätte das schlechte Gewissen, das die ganze öffentliche Meinung in der Freigabefrage charakterisiert, schwerlich gezeigt werden können.

So befriedigt die amerikanische Union über die erste Botschaft Herbert Hoovers an den Kongreß ist, ebenso unbefriedigt ist sie über die Antwort der Sowjetregierung auf die amerikanische Note über die Lage in der Mandschurei. Sowjetrußland lehnte die Einmischung der Kelloggmächte rundweg ab und erklärte, daß die Beilegung des Konflikts über die chinesische Ostbahn ausschließlich eine Angelegenheit der Russen und Chinesen wäre. Damit nicht genug, drückte die Sowjetregierung zum Schlusse ihrer Antwortnote ihr Erstaunen darüber aus, „daß die Regierung der Vereinigten Staaten, die auf eigenen Entschluß hin keinerlei amtliche Beziehungen mit der Sowjetregierung unterhält, es für möglich erachtet, sich an die Sowjetregierung mit Ratschlägen und Weisungen zu wenden". Die Antwort des amerikanischen Staatssekretärs Stimson ist nicht ausgeblieben. Sie erfolgte in einer Schärfe, am Mittwoch abend, wie man sie aus Washington sonst nicht zu hören gewohnt ist. Moskau hat jedenfalls die glänzende Gelegenheit, die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen mit Washington anzubahnen, gründlich verscherzt und entzweigeschlagen.

Ueber innerrussische Verhältnisse sind mit den deutschstämmigen Flüchtlingen aus den verschiedensten Teilen Sowjetrußlands bei uns in den letzten Tagen zahlreiche Berichte eingetroffen. Sie werden jedoch alle übertroffen durch den Bericht eines unserer besten Kenner der östlichen Probleme, von Professor Dr. Otto Hoetzsch, über seine Rußlandreise, von der er erst kürzlich zurückkehrte. Dem Besucher Rußlands, erzählte Prof. Hoetzsch in der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas, erscheint alles Grau in Grau. Freude des Lebens zeigt sich nicht auf den Gesichtern, dagegen aber ein tiefer Ernst und eine Entschlossenheit, über die trübe Gegenwart hinweg in eine bessere Zukunft zu kommen. Immer noch besteht eine gefährliche Schere zwischen der Kurve der Preise der Industriefabrikate und der landwirtschaftlichen Produkte. Die Kaufkraft des Rubels ist dauernd gesunken und beträgt heute nur ein Viertel bis ein Fünftel der Vorkriegskaufkraft. In den Städten herrscht Lebensmittelknappheit. Auch wenn die Industrie den Vorkriegsstand erreicht haben sollte, so kann das noch lange nicht von der Landwirtschaft gesagt werden. Unter Stalins Führung wird jetzt die Kollektivisierung der landwirtschaftlichen Betriebe versucht. Man steht aber hier noch in den allerersten Anfängen, da erst vier Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Bevölkerung zur Kollektivwirtschaft übergingen. Alles hängt von der großen Frage ab, ob der Fünfjahreswirtschaftsplan durchgeführt werden kann. Was erfolgt, wenn dieses gewaltige Experiment mißlingt, läßt sich gar nicht ausdenken.

Eine hocherfreuliche Nachricht brachte die Woche noch aus Wien. Nach langwierigen Verhandlungen mit der Sozialdemokratischen Oppositionspartei gelang es Bundeskanzler Schober in der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag den Verfassungsstreit beizulegen. Man einigte sich über die Frage des Volksbegehrens, über die Schulen, die Ländersache bleiben, über die Stellung Wiens und über Steuerfragen und Bausachen. Die Verständigung erfolgte so, daß keine Partei, weder die Rechte noch die Linke, von einem „Sieg" sprechen kann. Es besteht kein Zweifel, daß die Verfassungsvorlage in der vereinbarten Form vom Nationalrat verabschiedet wird. Die österreichische Wirtschaft erhofft von dieser Verständigung eine gute silberne und goldene Adventswoche. Sie ist ihr aufrichtig zu gönnen und zu wünschen.

Die Reichsregierung zum Memorandum Dr. Schachts

Der Herr Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat der Reichsregierung ein Memorandum zu den im Gang befindlichen Verhandlungen über den Young-Plan und zu den Fragen der Finanzpolitik zugeleitet. Die Veröffentlichung fällt mitten in Besprechungen, die über diese Fragen mit ihm gepflogen worden sind.

Die Reichsregierung muß ihr Befremden über die Veröffentlichung aussprechen. Die Voreiligkeit, mit der die Stellungnahme des Herrn Reichsbankpräsidenten erfolgt ist, gefährdet die einheitliche Staatsführung. Der Herr Reichsbankpräsident hatte zwar im Laufe der Besprechungen angekündigt, daß er sich vorbehalten müsse, seine Auffassungen über die Beurteilung der schwebenden Fragen darzulegen, er hat dabei aber ausdrücklich betont, daß dies in einer Form geschehen würde, die keinen Schaden anrichten könne. Art und Inhalt des Memorandums, sowie der Zeitpunkt seiner Veröffentlichung stehen hierzu in schroffem Widerspruch.

Die Reichsregierung lehnt es ab, sich im gegenwärtigen Zeitpunkt auf eine Auseinandersetzung mit den Darlegungen des Memorandums einzulassen.

Die Reichsregierung hat sich bereits in den letzten Tagen dahin schlüssig gemacht, dem Reichstage im Laufe der kommenden Woche die Grundzüge ihres finanziellen Gesamtprogramms zu unterbreiten. Das Programm wird Maßnahmen zur Sanierung der deutschen Finanzen, eine umfassende Steuerreform und die Entlastung der Kassenlage, insbesondere auch von den Zuschüssen für die Arbeitslosenversicherung, durch Verstärkung der Einnahmen der Anstalt umfassen. Den Fraktionsführern der an der Regierung beteiligten Parteien ist schon vor Tagen eine Einladung zur Erörterung dieses Programms für den Anfang der kommenden Woche zugegangen. Der Reichskanzler wird am nächsten Mittwoch dem Reichstage, dem die Regierung allein verantwortlich ist, dieses Programm der Reichsregierung in einer Regierungserklärung vorlegen und hierfür sowie für die Gesamtpolitik der Reichsregierung die Vertrauensfrage stellen.

Kundgebung der Arbeitgeberverbände zur Arbeitslosenversicherung

Die Spitzenverbände der Arbeitgeberorganisationen veröffentlichen, veranlaßt durch die Nachricht, daß der Reichsarbeitsminister eine Vorlage ausarbeite, nach der zur Beseitigung des Defizits in der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung eine Heraufsetzung der Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer um ¼ Prozent beabsichtigt sei, eine gemeinschaftliche Kundgebung. In dieser erklären sie u. a., daß sie einen derartigen Plan zur Erreichung des Gleichgewichts von Einnahmen und Ausgaben in der Reichsanstalt weder mit den tatsächlichen Verhältnissen der Anstalt noch mit unserer Gesamtwirtschaftslage für vereinbar halten. Die Erklärung stellt fest, daß die am 8. Oktober d. J. vom Reichstag beschlossene Novelle nicht annähernd ausreichend sei, um das laufende Defizit der Reichsanstalt und darüber hinaus den Mehrbedarf für die Wintermonate 1930 zu decken. Weiter beziffert die Erklärung für die kritischen Monate Januar bis März höchstens 50 Millionen RM. Demgegenüber bleibt immer noch ein ungedeckter Mehrbetrag von rund 250 Millionen RM. Außerdem liegt noch aus früherer Zeit eine Schuldenlast der Reichsanstalt von 350 Millionen RM dem Reich gegenüber vor. Somit sei der geplante Lösungsversuch nicht geeignet, die der Reichsanstalt drohenden ernsten Gefahren abzuwehren. Die Erklärung erinnert daran, daß die Arbeitgeberverbände immer wieder gedrängt hätten, nachdrücklich d. h. vor Aschermittwoch(?), eine Sanierung der Reichsanstalt im Interesse der Erhaltung ihrer notwendigen Leistungen für die erwerbslose Bevölkerung durchzuführen. Mit um so größerem Recht und Nachdruck müßten sie sich bei dieser Sachlage schon jetzt dagegen verwahren, daß, losgelöst von der unaufschiebbaren Frage der allgemeinen Finanz- und Steuerreform und im Gegensatz zu der von allen Seiten anerkannten Notwendigkeit der Entlastung unserer Produktion, auf einem Einzelgebiet erhöhte Leistungen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern verlangt werden sollen, die im wirtschaftlichen Ergebnis einer Steuererhöhung zu Lasten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichkämen, dabei aber nicht einmal den Erfolg haben könnten, die Finanzen der Reichsanstalt auch nur einigermaßen ins Gleichgewicht zu bringen.

Die Grenzverletzungen durch polnische Militärflieger

Polnische Antwort auf deutsche Beschwerden

Wegen der mehrfachen, von polnischen Militärflugzeugen begangenen Grenzverletzungen hatte die Reichsregierung bei der polnischen Regierung in Warschau nachdrücklichst Beschwerde erhoben. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst erfährt, hat daraufhin die polnische Gesandtschaft mitgeteilt, daß die polnische Regierung die einzelnen Fälle einer gerichtlichen Untersuchung zugeführt und strenge Verfügungen getroffen habe, um in Zukunft einer Wiederholung vorzubeugen.

Nationalitätenkampf

Deutsche Minderheitsschulen ohne deutsche Lehrer

Die „Vossische Zeitung" meldet aus Breslau: Als die Kinder der deutschen Minderheitsschule in Orzegow, Kreis Schwientochlowitz am Mittwoch in die Schule kamen, wurden sie von polnischen Lehrern empfangen und auf polnische Klassen verteilt. Wie sich herausstellte, sind die beiden deutschen Lehrkräfte zum 1. Dezember ohne Angabe von Gründen entlassen worden, während der polnische Schulleiter, der gleichfalls an der Minderheitsschule unterrichtet, sich krank gemeldet hat. Die deutschen Eltern haben daraufhin erklärt, daß sie solange in den Schulstreik treten würden, bis die früheren Lehrkräfte wieder eingestellt sind oder für Ersatz gesorgt ist. Aehnliche Vorgänge haben sich in Schwientochlowitz(?) ereignet, wo gegen 200 deutsche Kinder seit Monaten ohne deutsche Lehrer sind.

Aenderung der Geschäftsordnung des Reichstages

Der Geschäftsausschuß des Reichstages beschloß mit den Stimmen der Regierungsparteien und der Wirtschaftspartei gegen die Kommunisten bei Stimmenthaltung der Deutschnationalen folgende Aenderung der Geschäftsordnung. Sie so lauten:

§ 90 (Wortentziehung)

Ist ein Redner drei Mal in derselben Rede zur Sache oder zur Ordnung gerufen und beim zweiten Mal auf die Folgen eines dritten Ordnungsrufes hingewiesen worden, so kann ihm der Präsident das Wort entziehen oder die in § 91 angeordneten Maßnahmen über ihn verhängen.

§ 91 (Ausschluß von Abgeordneten)

1. Wegen gröblicher Verletzung der Ordnung kann der Präsident ein Mitglied bis zu dreißig Sitzungstagen von der Teilnahme an den Verhandlungen ausschließen. Für die Zeit bis zum Ablauf der Ausschlußfrist ruht die Berechtigung zum Bezug der Diäten und zur Benutzung der Freifahrkarte.

SLUB Wir führen Wissen.